



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 19. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 19.11.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:03 Uhr bis 20:57 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Jürgen Banzer

CDU

Dr. Frank Ausbüttel
Holger Bellino
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Agnes Gerecht
Kerstin Giger
Alexander Hees
Alexander Hetjes
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Markus Koob
Claudia Kott
Günter Krause
Elvy Mäkitalo
Katja Metz
Susanne Odenweller
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer
Sebastian Sommer
Bettina Theissig

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Hans-Georg Brum
Beate Denfeld
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Dr. Rebecca Schmidt
Bernhard Schneider
Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht
 Laura Burkart-Gorißen
 Norman Dießner
 Ellen Enslin
 Carsten Filges
 Christina Herr
 Inge-Lore Kausen
 Lars Keitel
 Hadmut Lindenblatt
 Dirk Sitzmann

ab TOP 5.1 (18:17 Uhr)
 bis TOP 5.1 (18:57 Uhr)
 bis TOP 5.8 (20:41 Uhr)

FDP

Katja Adler
 Holger Grupe
 Philipp Herbold
 Heike Kolter
 Dr. Stefan Naas
 Dagmar Reuter
 Ulrike Schmidt-Fleischer
 Franz Tauber

AfD

Michael Dill
 Birgit Grohne-Münch
 Peter Lutz
 Peter Münch
 Andreas Sell
 Wolfgang Strubel
 Dr. Ileana Aura Vogel

bis TOP 5.2 (19:00 Uhr)
 bis TOP 5.2 (19:00 Uhr)

FWG

Andreas Bernhardt
 Karin Birk-Lemper
 Götz Esser
 Hellwig Herber
 Renzo Sechi

bis TOP 5.8 (20:42 Uhr)

DIE LINKE.

Werner Frey
 Okan Karasu

parteilos

Michael Beyerbach
 Andreas Moses
 Kim-Philipp Nowak

bis TOP 5.5 (20:15 Uhr)

Kreisausschuss

Ulrich Krebs

Uwe Kraft
Katrin Hechler
Gerd Arenz
Matthias Bergmeier
Dr. Dagmar Charrier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Wolfgang Schmitt
Dr. Regina Sell
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Nina Huwig
Brit Kerfien

Entschuldigt

SPD

Petra Fuhrmann
Dr. Nico Sturm

Kreisausschuss

Hartmut Haibach
Andrea Pfäfflin

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 19. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
 - Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit
 - Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration
 - Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt
 - Haupt- und Finanzausschusses
- Haushaltsplanentwurf 2019 (Ordner und Download-Anleitung)
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. **Mitteilungen**

1.1. **Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden**

1. Dr. Henning von Storch Landrat a.D.

Am 12. November 2018 ist der Landrat a. D. Dr. Henning von Storch verstorben. Die Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses erheben sich für eine Schweigeminute.

2. Personelle Veränderungen

Durch die Mandatsniederlegung von Herrn Langnickel von der AfD-Kreistagsfraktion haben sich weitere personelle Veränderungen in den Ausschüssen ergeben:

Ältestenrat:

Neues Mitglied ist Herr Wolfgang Strubel als parlamentarischer Geschäftsführer

Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Dill für Herrn Langnickel

Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt:

Herr Münch für Frau Dr. Vogel

Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration

Herr Strubel und Frau Dr. Vogel für Herrn Dill und Herrn Beyerbach

3. Kreistagssitzung 17.12.18

Herr Landrat Krebs beabsichtigt, das Friedenslicht von Bethlehem diesmal nicht im Foyer des Hauses 1 des Landratsamtes überbringen zu lassen.

Er möchte dies im Sitzungssaal vor der Kreistagssitzung am 18.12.18 durchführen.

Aus diesem Grund wird schon für 16.30 Uhr zur Sitzung eingeladen.

Der offizielle Beginn der Sitzung bleibt aber bei 17:00 Uhr.

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

./.

1.3. Mitteilungen der Ausschüsse

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit,
- des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration ,
- des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt
- des Haupt- und Finanzausschusses (nicht öffentlich)

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. Fragestunde

./.

3. Vorlagen des Kreisausschusses

3.1. Einbringung der Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2019, des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2018 bis 2022, des Haushaltssicherungskonzeptes sowie des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2019

Herr Landrat Ulrich Krebs hält die Einbringungsrede zum Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2019, Finanzplan und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2018 bis 2022 sowie das Haushaltssicherungskonzept

wird

1. an den Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss zur Gesamtbehandlung

und

2. an die nachstehenden Ausschüsse insoweit, als deren Aufgabenbereich berührt ist, zur Beratung überwiesen:

- Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit

- Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration
- Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt

Die unter 2. bezeichneten Ausschüsse haben ihre Beratungsergebnisse dem Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss rechtzeitig vor seiner Haushaltsberatung am 10.12.2018 zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss:

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2019 wird

1. an den Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss zur Gesamtbehandlung
und
2. an den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration insoweit, als dessen Aufgabenbereich berührt ist, zur Beratung überwiesen.

Der unter 2. bezeichnete Ausschuss hat sein Beratungsergebnis dem Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss rechtzeitig vor seiner Haushaltsberatung am 10.12.2018 zuzuleiten.

3.2. Berufung eines Mitglieds in das Kuratorium der Johann-Isaak-von-Gerning-Stiftung. Stiftung für Kunst und Kultur im Hochtaunuskreis 2018/0658/KT

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Herr Alexander Jackson wird dem Kreisausschuss zur Berufung in das Kuratorium der Johann-Isaak-von-Gerning-Stiftung vorgeschlagen.

3.3. Jahresberichte für das Jahr 2017 der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis gemäß § 7 Abs. 3 Hessisches Krankenhausgesetz 2018/0593/KA

Der Kreistag nimmt die Berichte der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis zur Kenntnis.

3.4. Wahl einer Patientenfürsprecherin für das St. Josef Krankenhaus in Königstein im Taunus 2018/0639/KA

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer teilt mit, dass die Wahl per Akklamation durchgeführt wird. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Kreistag wählt einstimmig per Akklamation Frau Bärbel Blaschke zur Patientenfürsprecherin des St. Josef Krankenhauses in Königstein im Taunus für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages.

**3.5. Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH 2018/0644/KA
Änderung des Gesellschaftsvertrags
Erhöhung der Gesellschafterumlage**

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (6), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: AfD (1), FWG (1)

gefasster Beschluss

- 1) Die Gesellschafterumlage für die gemeinnützige Regionalpark Ballungsraum Rhein Main GmbH wird zum 1.1.2019 von derzeit 75.000,- € p.a. auf 100.000,- € p.a. erhöht.
- 2) Der Gesellschaftsvertrag wird hierzu in § 7 (1) Abs. 2, Satz 1 wie folgt geändert:
„Die Gesellschafter entrichten jährlich einen Zuschuss in Höhe von je 100.000,- € in bar an die Gesellschaft.“
- 3) „Die Zustimmung zur vorgenannten Erhöhung des Zuschusses eines jeden Gesellschafters erfolgt unter dem Vorbehalt, dass auch alle übrigen Gesellschafter dieser Erhöhung zustimmen.“

3.6. Grundsatzbeschluss sowie Anmeldung von Einzelmaßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms II (KIP II) – KIP macht Schule 2018/0652/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: AfD (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt die Beantragung der Förderung aus dem Kommunalinvestitionsprogramm II (KIP II) in Höhe von 9.704.100 Euro.

Darüber hinaus wird eine Prioritätenliste beschlossen, aus welcher nachfolgende Einzelmaßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramm II (KIP II) beantragt werden:

- 1.1. Astrid-Lindgren-Schule

Neubau einer Sporthalle und eines Betreuungszentrums
 Gesamtauszahlungsbedarf: 12,7 Mio. Euro
 Beantragte Förderung: 5.704.100 Euro

1.2. Geschwister-Scholl-Schule
 Erweiterung der Schule um vier Klassenräume
 Gesamtauszahlungsbedarf: 1,3 Mio. Euro
 Beantragte Förderung: 1.000.000 Euro

1.3. Saalburgschule
 Bau eines Modulgebäudes
 Gesamtauszahlungsbedarf: 5,2 Mio. Euro
 Beantragte Förderung: 3.000.000 Euro

4. Vorlagen der Ausschüsse

./.

5. Anträge

5.1. Antrag der Gruppe DIE LINKE.

2018/0596/KT

Der Hochtaunuskreis als „Sicherer Hafen“

Herr Karasu begründet den Antrag der Gruppe DIE LINKE..

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:

Frau Burkart-Gorißen, Frau Schatta, Herr Dill, Herr Karasu, Herr Bernhardt, Herr Münch und Frau Dr. Vogel.

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (10), FWG (5), DIE LINKE. (2)

Nein: CDU (23), SPD (11), FDP (8), AfD (7), Moses (1), Nowak (1), Beyerbach (1)

Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

1. Der Hochtaunuskreis beteiligt sich am Forum europäischer Städte „Solidarity Cities“.
2. Der Hochtaunuskreis erklärt sich zu einem sicheren Hafen und nimmt freiwillig aus See- not gerettete Geflüchtete auf.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, alle nötigen Vorkehrungen für die Aufnahme, Unter- bringung und den Aufenthalt sichernde Maßnahmen zu treffen.

5.2. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion

2018/0603/KT

Vorlage einer Strategie zu e-Government und Digitalisierung im HTK

Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen

2018/0603/KT/1

Herr Tauber begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Herr Drexelius begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

2018/0603/KT/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (23), SPD (11), Moses (1)
 Nein: GRÜNE (9), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2), Nowak (1),
 Beyerbach (1)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, über die sich in Bearbeitung befindliche Strategie zu Digitalisierung und e-Government im Hochtaunuskreis in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses in ihren Grundzügen darzustellen.

Der Bericht soll mindestens die Pläne in den Bereichen E-Administration, E- Services und Open Government in der Verwaltung sowie generell zur Digitalisierung im Hochtaunuskreis beinhalten. Sie soll in allen genannten Bereichen konkrete Ziele mit Zeitangaben definieren und die geplanten Verbesserungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen im Hochtaunuskreis benennen.

2018/0603/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die in Bearbeitung befindliche Strategie zu Digitalisierung und e-Government im Hochtaunuskreis fertigzustellen und bis 31.03.2019 dem Kreistag vorzulegen. Die Strategie soll mindestens die Pläne in den Bereichen E-Administration, E-Services und Open Government in der Verwaltung sowie generell zur Digitalisierung im Hochtaunuskreis beleuchten. Sie soll in allen genannten Bereiche konkrete Ziele mit Zeitangaben definieren und die geplanten Verbesserungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen im Hochtaunuskreis benennen.

**5.3. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion
 Einreichung Bauantrag per email**

2018/0602/KT

Herr Tauber begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:

Herr Herber, Herr Fischer, Herr Filges (zweimal), Herr Dr. Naas, Herr Münch, Herr Brum (zweimal) und Herr Herbold.

Am Ende der Debatte modifiziert Herr Dr. Naas den Antrag insofern, dass das Konzept bis 2019 (vorher 2018) vorgelegt werden soll und dessen Umsetzung bis 2020 (anstatt 2019) erfolgen soll. Zudem wird im Beschlusstenor aufgenommen, dass „gleichzeitig eine elektronische Bauakte eingeführt werden soll“.

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (9), FDP (8), AfD (5), FWG (5), DIE LINKE. (2), Nowak (1),
 Beyerbach (1)
 Nein: CDU (23), SPD (11), Moses (1)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, bis Ende des Jahres 2019 ein Konzept vorzulegen, wie es Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen ermöglicht werden kann, fortan Bauanträge nicht mehr nur schriftlich, sondern auch online einzureichen. Gleichzeitig soll eine elektronische Bauakte eingeführt werden. Die Umsetzung des Konzeptes und damit die Einführung des Online-Bauantrages soll im Kalenderjahr 2020 erfolgen. Der hessische Landtag hat zwischenzeitlich die rechtlichen Grundlagen hierzu geschaffen.

**5.4. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Geschäftsfelder der RMD und deren Ergebnisse**

2018/0614/KT

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Anschließend sprechen Herr Frey, Herr Gregor Sommer und Herr Dr. Naas.

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP (8), AfD (5), FWG (5), Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), DIE LINKE. (2), Moses (1)
Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt, dass der Kreisausschuss in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses folgende Antworten bezüglich der Geschäftstätigkeiten und der unterschiedlichen Betätigungsfelder der RMD vorlegt:

- Welche Geschäftsfelder hat die RMD und ihre Tochtergesellschaften in den letzten 5 Jahren jeweils betrieben?
- Welche dieser Geschäftsfelder haben inhaltlich mit der Nachsorge der Deponien in Brandholz und Wicker zu tun? Welche haben inhaltlich mit der Nachsorge der Deponien in Brandholz und Wicker nichts zu tun? Welche haben mit dem Thema „Erneuerbare Energien“ zu tun?
- Welche Aufwendungen und Erträge fielen auf die einzelnen Geschäftsfelder in den letzten 5 Jahren? Welches Ergebnis vor Steuern hatten die einzelnen Geschäftsfelder in den letzten 5 Jahren? Bitte nach Brandholz und Wicker differenzieren.
- Wozu wurden angefallene Gewinne verwendet? Wurden Gewinne an den Hochtaunuskreis abgeführt? Oder wurden irgendwelche Rückstellungen gebildet? Oder wurden damit defizitäre Geschäftsfelder ausgeglichen? Mit welchen Beträgen jeweils?
- Was wurde getan, um defizitäre Geschäftsfelder zu sanieren? Welche defizitären Geschäftsfelder wurden in den letzten 5 Jahren aufgegeben?

**5.5. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Beteiligungskodex im Hochtaunuskreis**

2018/0615/KT

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt ein Wortbeitrag von Frau Dr. Demme.

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (5), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: CDU (23), SPD (11), FDP (8), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
 Enthaltung: GRÜNE (9)

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt den Kreisausschuss zu beauftragen, einen Beteiligungskodex zu erarbeiten, der sich in seiner Stringenz und Klarheit an dem „Public Corporate Governance Kodex des Landes Hessen“ orientiert.

- | | | |
|------|---|---|
| 5.6. | Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Offene Bürgerfragestunde zu Beginn von Kreistagssitzungen
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE | 2018/0616/KT

2018/0616/KT/1 |
|------|---|---|

Herr Strubel begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Frau Herr begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Anschließend spricht Herr Sebastian Sommer.

Herr Esser beantragt die Überweisung der Anträge in den Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Strubel, die Diskussionsbeiträge aufgreifend, ändert den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion insofern, dass die gewünschte Fragestunde eine halbe Stunde vor der Kreistagssitzung beginnt.

Frau Herr beendet die Aussprache mit ihrem Redebeitrag.

Geschäftsordnungsantrag auf ÜberweisungAbstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (9), FDP (8), AfD (5), FWG (5), DIE LINKE. (2), Nowak (1),
 Beyerbach (1)
 Nein: CDU (23), SPD (11)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag überweist die Anträge 2018/0616/KT und 2018/0616/KT/1 in den Haupt- und Finanzausschuss.

2018/0616/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (9), AfD (5), FWG (5), DIE LINKE. (2), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: CDU (23), SPD (11), FDP (8)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Beschlusstext wird ersetzt durch:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen, so dass in jeder Ausschusssitzung eine Bürgerfragestunde stattfinden kann.

2018/0616/KT**Abstimmungsergebnis:**

Ja: AfD (5), Nowak (1), Beyerbach (1)
 Nein: CDU (23), SPD (11), FDP (8), DIE LINKE. (2)
 Enthaltung: GRÜNE (9), FWG (5)

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt, ab dem Jahr 2019 auf die jeweilige Tagesordnung der Kreistagssitzungen neben der Fragestunde für Fraktionen und Einzelvertreter auch eine offene Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger aus dem Hochtaunuskreis aufzunehmen. In dieser offenen Fragestunde – eine halbe Stunde vor der Kreistagssitzung – sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, dem Landrat bzw. auch den hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Fragen zu aktuellen politischen Themen stellen zu können.

Soweit zu diesem Zweck Satzungen zu ändern sind wird der Kreisausschuss beauftragt, diese Anpassungen bis zum Ende des Jahres umzusetzen.

**5.7. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2018/0617/KT
 Geschwindigkeitsregelungen auf Kreisstraßen**

Folgender Antrag wird von der Kreistagsfraktion GRÜNE **zurückgezogen**:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss um eine Stellungnahme zu den Veränderungen von Geschwindigkeitsveränderungen auf Kreisstraßen, die durch das Regierungspräsidium veranlasst worden sind, insbesondere zu der Veränderung auf der K769.

Diese Stellungnahme soll auch eine Einschätzung zum Anlass und Nutzen dieser Maßnahmen enthalten sowie eine Darstellung, welche Abstimmungsprozesse es im Vorfeld solcher Entscheidungen gibt bzw. gegeben hat.

Der Stellungnahme ebenfalls beizufügen ist eine Einschätzung, inwieweit Schulwege betroffen sind und welche Maßnahmen zur Sicherung der Schulwege möglich bzw. geplant sind.

Die Stellungnahme ist in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorzustellen.

**5.8. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2018/0618/KT
 Fahrradstellplätze an Schulen
 Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen 2018/0618/KT/1**

Frau Herr begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Herr Breinl begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Die beiden antragsstellenden Fraktionen einigen sich darauf einen kumulierten Antrag zur Beschlussfassung einzubringen. Dieser Antrag 2018/0618/KT/2 besteht aus dem 1. Absatz der originären Antrages der Kreistagsfraktion GRÜNE und dem kompletten Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Zusätzlich, so Herr Dießner, soll noch eine Liste vorgelegt werden, die aufzeigt, wann welche Maßnahme erfolgen soll.

2018/0618/KT/2

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (9), FDP (8), AfD (5), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag begrüßt das Pilot-Projekt an der Kaiserin-Friedrich-Schule in Bad Homburg zum Thema „Mobilität an Schulen“. Insbesondere ist es begrüßenswert, dass ein Fachzentrum für schulisches Mobilitätsmanagement geschaffen werden soll – unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler.

Der Kreisausschuss wird gebeten, ein ganzheitliches Schulmobilitätskonzept zu erarbeiten. Hierfür soll er sich der Hilfe des Fachzentrums für schulisches Mobilitätsmanagement bedienen. Über das Projekt soll in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur, Freizeit und Sport berichtet werden. Teil des Berichts soll die letzte Bestandsaufnahme der Fahrradabstellanlagen sein. Zusätzlich soll eine Liste beigefügt werden, die verdeutlicht, wann welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

2018/0618/KT erledigter Beschluss

Der Kreistag begrüßt das das Pilot-Projekt an der Kaiserin-Friedrich-Schule in Bad Homburg zum Thema „Mobilität an Schulen“. Insbesondere ist es begrüßenswert, dass ein Fachzentrum für schulisches Mobilitätsmanagement geschaffen werden soll – unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler.

Um allerdings den aktuell schon vorhandenen Bedarf an Fahrradabstellflächen möglichst zeitnah erfüllen zu können, wird der Kreisausschuss beauftragt, an folgenden Schulen bis zum Frühsommer 2019 die Fahrradabstellanlagen zu erweitern bzw. für ausreichende Zwischenlösungen zu sorgen, bis Um- und Neubauarbeiten an den Schulen abgeschlossen sind:

1. Humboldtschule in Bad Homburg
2. Kaiserin-Friedrich-Gymnasium in Bad Homburg
3. Friedrich-Stoltze-Schule in Kronberg
4. Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf.
5. Gymnasium Oberursel

Der Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit ist über die Einrichtung der zusätzlichen Fahrradabstellanlagen zu informieren, ebenso wie über den Fortgang des Mobilitätsprojektes fortlaufend berichtet werden soll.

**5.9. Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
EDV-Ausstattungskonzept an den Schulen des Hochtaunuskreises**

2018/0659/KT

Herr Schneider begründet den Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Anschließend sprechen Herr Herbold und Herr Bernhardt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11), GRÜNE (8), FDP (8), AfD (5), FWG (4), DIE LINKE. (2),
Nowak (1), Beyerbach (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit folgende Fragen zur EDV-Ausstattung und dem dafür zu Grunde liegenden Ausstattungskonzept an den Schulen des Hochtaunuskreises zu beantworten:

1. Wie oft wird die EDV-Ausstattung erneuert? Bitte dabei nach den Komponenten (Endgeräten wie PC, Tablets, elektronischen Tafeln, Servern, Netzkomponenten wie Netzzugänge wie WAN, LAN oder WLAN) differenzieren.
2. Ist die Netzanbindung der Schulen für Nutzung der IT im Unterricht an allen Schulen ausreichend (Bandbreite)?
3. Inwieweit sind WLAN-Anschlüsse an Schulen für schulische Zwecke möglich?
4. Sollten WLAN-Anschlüsse bereits an Schulen vorhanden sein – in welcher Art werden diese in den Schulalltag eingebunden?
5. Wie setzt sich die IT-Beratungsgruppe des Hochtaunuskreises zusammen? Welche Ergebnisse und daraus folgenden Maßnahmen wurden von der IT-Beratungsgruppe des Hochtaunuskreises bisher umgesetzt bzw. angestoßen? Wie werden die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Schul- und Lernformen (Grundschulen, weiterführende Schulen, berufliche Schulen, sonderpädagogischer Förderbedarf) in die Konzepte und Maßnahmen eingebracht?
6. Die Berufsfelder und beruflichen Anforderungen sind durch die Digitalisierung einer starken Veränderung ausgesetzt, so wurde zum 01.08.2018 die Ausbildungsordnung für Metall- und Elektroberufe neu formuliert. Wie wird eine angemessene Ausstattung unserer beruflichen Schulen sichergestellt?
7. Wie wirkt sich der in drei Pilotprojekten angestoßene Paradigmenwechsel vom fest ausgestatteten PC-Raum-Konzept hin zum mobilen und flexiblen digitalen Lernen im Unterricht auf die IT Ausstattung Schulen aus? Nach welchen Kriterien sollen weitere Schulen gemäß den neu definierten Standards ausgestattet werden?
8. Ist sichergestellt, dass über die Investitionen in die Infrastruktur hinaus, ein Betriebskonzept für den laufenden Unterrichtsbetrieb mit der dazu notwendigen Personalkapazität aufgebaut wird?
9. Wie ist die Qualifizierung der Lehrkräfte und IT-Administratoren der Schulen mit dem Land abgestimmt? Unterstützt der Kreis den Betrieb in den Schulen durch administrative Aufgaben (User- und Device Management)?

Gibt es Möglichkeiten für eine bessere Ausstattung an den Schulen des Hochtaunuskreises Fördermittel des Bundes anzuwerben bzw. ist der Hochtaunuskreis vorbereitet, um nach Abschluss des Digitalpakts zwischen Bund und Ländern kurzfristig auf neu zu Verfügung stehende Mittel zuzugreifen?

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenlose Abge-
ordnete

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer